

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags am ...

Die abgegebene Kontraktliste oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich ...

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Drohender Eisenbahnerstreik

#### Die Einheitsfront der Eisenbahner

Die unterzeichneten Gewerkschaften der Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichseisenbahn erklären, daß die durch den Reichstag erfolgte Erhöhung der Rinderzulage den notwendigen und berechtigten Ansprüchen der Beamten auch nicht im entferntesten Rechnung trägt.

Die Organisationen sind gemißt, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, um den Eisenbahnern und ihren Familien die Existenz zu gewährleisten. Die Not ist unermesslich groß, sie führt zur Verelendung und hat bereits geradezu eine verzweifelte Stimmung in den Kreisen der Beamten erzeugt.

Die unterzeichneten Verbände sind sich der Tragweite eines solchen Schrittes in der jetzigen Zeit durchaus bewußt und erkennen nicht die große Gefahr für das Wirtschaftsleben Deutschlands.

Im Interesse der erfolgreichen Durchführung des Kampfes haben sich die unterzeichneten Organisationen verpflichtet, einmütig zusammenzutreten und alles zu vermeiden, was die Einheitsfront lockern sollte.

- Deutscher Eisenbahnerverband: Franz Scheffel.
- Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter: Scharfshwerdt.
- Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteter: W. Gaische.
- Allgemeiner Eisenbahnerverband: S. Scaruppe.

#### Die Forderungen der Eisenbahner

Der Sekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes Kohur veröffentlicht in einer rechtssozialistischen Parteikorrespondenz einen Artikel: „Der Eisenbahner Schicksalsstunde“.

Was die Forderungen der Eisenbahner betrifft, so handelt es sich vor allem um die Sicherung eines Existenzminimums für die unteren Gruppen. Deutscher Eisenbahnerverband und Reichsgewerkschaft verlangen für die Beamten eine Erhöhung der Teuerungszuschläge mit einer Mindestgrenze von 7000 Mark.

Für die Arbeiter liegt eine gemeinsame Forderung der Tarifkontrahenten vor, den beweglichen Teuerungszuschlag allgemein um 1 Mark zu erhöhen.

#### Kein Aufgeben der Beamtenforderung

Die Presse-Abteilung des Deutschen Beamtenbundes schreibt:

Wenn es auch im Augenblick unter Berücksichtigung der Umstände nicht zur Berücksichtigung der Arbeitslosen unter der Beamtenschaft gekommen ist und durch Zahlung des Januargehalts vorerst über die dringendsten Räte während der Weihnachtszeit hinweggeholfen worden ist, so bleibt die Forderung des Deutschen Beamtenbundes auf allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlags doch bestehen und wird in Uebereinstimmung mit der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter aufrecht erhalten.

Wir bezweifeln stark, daß der Deutsche Beamtenbund auf die Stellen, an die er diese Erwartung richtet, überhaupt noch Einfluß macht, nachdem er zu erkennen gegeben hat, daß er nicht die Absicht hat, den Kampf um seine Forderungen bis zu Ende zu führen.

### Die Wahl des Oberbürgermeisters

Der Beschluß des Wahlausschusses, den Rämmerer Böß als Oberbürgermeister der Stadtgemeinde Berlin in Vorschlag zu bringen, ist für die endgültige Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung noch nicht bestimmend.

Die Rechtssozialisten haben sich für Böß erklärt und es ist wahrscheinlich, daß sie diese Kandidatur auch im Plenum unterstützen werden.

Es ist höchlich erwünscht, in Berlin tüchtige Männer an der Spitze des Gemeinwesens zu haben. Aber wir können doch die Tatsache nicht mit einem Schlag beseitigen, daß durch die jahrzehntelange Ausschließung von Sozialisten aus den Verwaltungsgewalt die Arbeiterbewegung nicht von heute auf morgen zahllose Kräfte aus der Erde stampfen kann.

wirkamen Antrieb zu geben. Ein Sozialist, der in der Ausschaltung des privaten Eigentums sein Ziel sieht, kann schon wegen dieser grundsätzlichen Gegnerlichkeit diesem Kandidaten seine Stimme nicht geben.

Der „Vorwärts“ hat in einer Polemik gegen unsere Bemerkungen über die Oberbürgermeisterwahl darauf hingewiesen, daß der Oberbürgermeister von Kassel, Scheidemann, und Leinert als Oberbürgermeister von Hannover nicht zu vergleichen seien mit dem Oberbürgermeister von Berlin.

Es ist höchlich erwünscht, in Berlin tüchtige Männer an der Spitze des Gemeinwesens zu haben. Aber wir können doch die Tatsache nicht mit einem Schlag beseitigen, daß durch die jahrzehntelange Ausschließung von Sozialisten aus den Verwaltungsgewalt die Arbeiterbewegung nicht von heute auf morgen zahllose Kräfte aus der Erde stampfen kann.

### Die französische sozialistische Partei und die 3. Internationale

In allen romanischen Ländern sind die sozialistischen Parteien nur wenig innerhalb des Proletariats verwurzelt. So zählt die französische sozialistische Partei noch heute bei weitem keine 200 000 Mitglieder, obwohl in ihr noch alle Richtungen, von den Reformisten bis zu den Kommunisten, vereinigt sind.

Diese Gefahr wird in Frankreich auch von denen nicht übersehen und verkannt, die sich zu leidenschaftlichen Fürsprechern des Anschlusses an die dritte Internationale aufgeworfen haben. In ihrem Auftrage verlas darum ihr prominentester Führer Trossard auf der letzten Sitzung der sozialistischen Gruppe des Seine-Departements eine Erklärung, in welcher nicht nur der Ausschluß der sich um Longuet kristallisierenden Zentralistengruppe, sondern der Ausschluß jeder Minderheit überhaupt in der bestimmtesten Form verworfen wurde.

Ähnliche Bemühungen unternimmt in Italien Genosse Serrati, der jetzige Vizepräsident der dritten Internationale. Auch er will die Einheit der italienischen Partei unter allen Umständen wahren und hat sich darum wiederholt gegen die von Moskauer geordneten Ausschüsse ausgesprochen.

Da die Trossard-Gruppe aber nicht nur in der Ausschlußfrage die Moskauer Aufnahmebedingungen verliert, sondern auch in ihrer Stellung zu den Gewerkschaften und in der Frage der eigenen Autonomie von Moskau abweicht, und schließlich auch die Namensänderung ablehnt, sonderbarerweise alle diese Abweichungen aber mit der Annahme der in Moskau aufgestellten Theorien und Bedingungen verträglich hält, so werden die Kommunisten an der Mehrheit, die sich auf dem am 25. Dezember in Tours beginnenden Parteitag für die von Trossard und Cahin eingebrachte Resolution ergeben dürfte, keine volle Freude haben können.

Einen bedeutenden Aufschwung hat der französische Parteitag auf dem am 28. November geschlossenen Kongreß des Seine-Departements erlebt. Hier haben die bedeutendsten Führer der französischen Partei zu der Frage der Internationale Stellung genommen und in teilweise wirkungsvoller Art die Begründung geführt.

Leon Blum sprach als Vertreter der Reformistengruppe. Seine Ausführungen gipfelten in der Ablehnung der Machtübergabe durch das Proletariat in dem augenblicklichen Zeitpunkt. Erst wenn das Proletariat seine Organisationen zur vollsten Entfaltung gebracht habe, so folgerte er, könne die Machtübernahme und dann auch der ungestörte Aufbau der sozialistischen Gemeinschaft erfolgen.

Für die sogenannte Zentralistengruppe sprachen die Genossen Berzeuil und Jean Longuet. Ihre Stellung zu Moskau deckt sich restlos mit der unserer Partei. Sie betrachteten die in Moskau formulierten Thesen und Bedingungen als das Ergebnis reiflicher Überlegungen und sehen darin keinen Spielraum für die von Trossard gemachten Zusicherungen und Reserven, sondern erkennen sie als ein in seiner Wirkung wohlberednetes kommunistisches Sprengmittel zur Zerstörung aller nichtkommunistischen Parteien.

Die Frage liegt nahe: war Sinowjew berechtigt, die gesamten Beschlüsse eines Kongresses mit einem Federstrich aufzuheben und einen Pöbel aus ihnen zu machen? Und dies ausgerechnet an dem gleichen Tage, da er dem Vizepräsidenten der kommunistischen Internationale, Genossen Serrati, sowie dem leitenden Redakteur des Züricher





